Deutscher Bundestag **Drucksache 19/14345**

19. Wahlperiode 23.10.2019

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Antrag

des Abgeordneten Enrico Komning, Tino Chrupalla, Leif-Erik Holm, Dr. Heiko Heßenkemper, Steffen Kotré, Hansjörg Müller, Dr. Götz Frömming, Nicole Höchst, Dr. Marc Jongen, Martin Reichardt, Dr. Michael Espendiller, Dr. Axel Gehrke, Dr. Robby Schlund, Paul Podolay, Jörg Schneider, Dr. Detlev Spangenberg, Dr. Dirk Spaniel, Wolfgang Wiehle, Matthias Büttner, Frank Magnitz, Andreas Mrosek, Roman Reusch, Stephan Brandner, Fabian Jacobi, Jens Maier, Dr. Lothar Maier, Tobias Matthias Peterka, Karsten Hilse, Dr. Heiko Wildberg, Dr. Rainer Kraft, Udo Hemmelgarn, Marc Bernhard, Andreas Bleck, Dr. Harald Weyel, Martin Hebner, Siegbert Droese, Norbert Kleinwächter, Corinna Miazga, Petr Bystron, Dr. Gottfried Curio, Peter Felser, Dietmar Friedhoff, Mariana Harder-Kühnel, und der Fraktion der AfD

Stärkung ländlicher Räume – Sicherung der Zukunftsfähigkeit Deutschlands

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Aufgrund einer vielfach fehlgeleiteten Steuer- und Strukturpolitik, die sich zu wenig an den Bedürfnissen der ländlichen Regionen abseits der sogenannten Leuchttürme ausrichtet und im Laufe der Zeit das Konnexitätsprinzips - also die Verbindung von Aufgaben- und Finanzverantwortung - immer weiter ausgehöhlt hat, verlieren die ländlichen Regionen zunehmend den Anschluss an die wirtschaftlichen Metropolregionen. Der ländliche Raum sieht sich immer stärker mit den Problemen einer kontinuierlichen Bevölkerungsabwanderung konfrontiert. Dabei stellen fehlende Arbeitsplätze, ungenügende Investitionen aufgrund mangelnder Attraktivität des ländlichen Raums als Wirtschaftsstandort und regionaler Fachkräftemangel eine sich selbst verstärkende Abwärtsspirale dar. Vor allem junge Menschen verlassen in der Folge die strukturschwachen Regionen. Ländliche Räume sind jedoch die Zukunft unseres Landes. Die Zukunftsfähigkeit Deutschlands hängt maßgeblich von deren Entwicklung in den nächsten Jahren ab. Diesem Problem kann und muss mit einer ordnungspolitischen Neuorientierung begegnet werden, die die Ressourcenausstattung der unteren staatlichen Ebenen sowie ihre gesetzlichen Aufträge und Zuständigkeiten neu in den Blick nimmt. Dabei ist die besondere Situation strukturschwacher oder überschuldeter Gebiete zu berücksichtigen, so dass dort ein Neustart mit Zukunftsperspektive ermöglicht werden kann. Zielführend ist hierbei aber nicht, eine Bevormundung und Ent-

scheidungsfindung aus der Hauptstadt heraus. Vielmehr muss die Rolle der unteren staatlichen Ebenen aufgewertet werden, so dass sie wieder auf eigenen Füßen stehen und selbst ihre Geschicke leiten können.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

die Gründung einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe herbeizuführen, welche unter besonderer Berücksichtigung des ländlichen Raums und strukturschwacher Gebiete und mit Blick auf die vielfältigen Aufgabengebiete staatlicher Daseinsvorsorge eine Steuerreform entwirft, mit dem Ziel

- die Finanzkraft der Länder so zu stärken, dass Aufgaben- und Finanzverantwortung sowohl auf der Landesebene als auch insbesondere auf kommunaler Ebene wieder zusammengeführt werden können;
- die Aufteilung der Gemeinschaftssteuern und gegebenenfalls dezentraler Finanzierungsquellen dahingehend zu ändern, dass auch strukturschwache Regionen ihre Probleme aus eigener Kraft zu lösen vermögen, sofern die gegenwärtige Aufteilung der Mittel nicht geeignet ist, eine adäquate Problemlösung zu ermöglichen;
- so weit eine Ertüchtigung der strukturschwachen Gebiete aus eigenen Steuerquellen nicht möglich ist, zukunftsorientierte Finanzausgleichssysteme zu entwickeln, die eigenverantwortlich von den Ländern innerhalb der Länder durchgeführt werden können.
- zu prüfen, wie eine Renationalisierung der Struktur- und Landwirtschaftsfonds der EU sinnvoll in die Bund-Länder-Finanzarchitektur eingepasst werden kann, um den Bedürfnissen ländlicher Räume gerecht zu werden bei gleichzeitiger Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips auch auf nationaler Ebene.

Berlin, den 21. Oktober 2019

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.